

Fahrgäste kritisieren Verkehrsbetrieb der Stadtwerke



Busse und Bahnen der Stadtwerke waren in der Bundesstadt zu oft unpünktlich. Das ergab die Auswertung der Fahrgasteingaben von Januar bis September 2018. Obwohl deren Gesamtzahl zurückging, stieg die Zahl der Beschwerden im Teilbereich "Leistungsqualität / Pünktlichkeit" von Vierteljahr zu Vierteljahr an. Hauptkritikpunkte waren die Ausfälle bei dem Verkehrsbetrieb, die 36,4% aller Eingaben ausmachten. Die Stadtverwaltung hat bestätigt, dass die Eindrücke der Fahrgäste mit der von ihr ermittelten Leistungsquote übereinstimmen: Im dritten Quartal wurden 3,2% der bestellten Gesamtverkehrsleistungen (2017: 2,4%) nicht erbracht. Die Ausfälle setzten sich auch im letzten Quartal fort. Wegen zu großer Verspätungen ließ die Verkehrslenkung Busse nicht bis zur Endstation durchfahren, sondern ließ sie schon vorher umdrehen. Das war kein Vergnügen für Fahrgäste, deren Bus ausfiel und die im Regen oder bei Kälte auf den über nächsten ausharren mussten. Hier muss nach Ansicht des **BBB** schnell gegen gesteuert werden. Die Verkehrsbetriebe haben inzwischen 70 Fahrer neu geworben. Da 40 das Unternehmen verlassen haben, ist faktisch keine Verstärkung entstanden. Denn 30 neue Fahrer werden gebraucht, um den verdichteten Fahrplan im Rahmen des Bundesprojektes LEAD CITY umzusetzen.

Reaktion auf die Beschwerden: Preiserhöhung um + 3,5%

Mit im Schnitt 3,5% Tarifierhöhung ab Januar und 3 Euro für eine einfache Fahrt im Stadtgebiet hat der Verkehrsbetrieb nach Ansicht des **BBB** in Bonn eine Schwelle überschritten, die den Nahverkehr für viele zu teuer und unattraktiv macht. So fängt man jedenfalls keine neuen Kunden für Busse und Bahnen. In den letzten 10 Jahren haben die Verkehrsbetriebe ihre Fahrpreise schon um durchschnittlich 2,7% pro Jahr erhöht, weit über der Steigerung der Einkommen ihrer Kunden. Von Anfang 2012 bis Ende 2016 schlugen sie z. B. 16,5% auf die Fahrpreise drauf, während sich das durchschnittliche Einkommen in Bonn in diesem Zeitraum nur um 5,4% erhöhte.

So sieht es der Fahrgast: Überfüllte Busse und Bahnen

"Mit schöner Regelmäßigkeit flattert mir jedes Jahr der Brief der SWB Verkehrsbetriebe ins Haus, in dem mitgeteilt wird, dass wieder eine Erhöhung der Ticketpreise ansteht. Ich bezahle für einen Service, den es nicht gibt. Die Unzuverlässigkeit des Bonner ÖPNV nimmt von Jahr zu Jahr zu. Verspätungen und Ausfälle sind an der Tagesordnung. Die Ausreden sind immer gleich: Reparaturen an Bus und Bahn weil zum Teil veraltet, hoher Krankenstand der Fahrer. So vertröstet man die Fahrgäste, statt klipp und klar zu sagen, dass man es nicht auf die Reihe kriegt." (Aus dem Leserbrief von Adelheid Heucke im General Anzeiger vom 31.12.2018)

Zu guter Letzt: Irren ist menschlich



Ich sage Euch aus meiner Warte: Sachen gibt's. Da verkaufte die Stadt das nördliche Filetgrundstück vor dem Hauptbahnhof zum Bau eines demnächst mausgrau verklüfteten Betonklotzes, statt dort einen Platz als einladenden Empfangsraum zu gestalten. Die Mehrheit der Stadtväter, nicht mein **BBB** hielt das für eine weise Entscheidung und träumte von einem fetten Geschäft für den Stadtsäckel. Irren ist aber menschlich. Denn am Ende der letzten Ratssitzung kam der Oberbürgermeister mit einer Überraschung um die Ecke: Der Investor verlangt auf den Kaufpreis Nachlass in zweistelliger Millionenhöhe wegen unvorhersehbaren „Erschwernissen“. So einen Deal würde auch Donald Trump gern machen, meint Euer Rabe *Cleverle*.

Handy-Empfang auch in Tiefgaragen



Nach Einsparung der Mitarbeiter vor Ort ist für den **BBB** nach wie vor die Kundenfreundlichkeit und die Sicherheit der Nutzer in den städtischen Tiefgaragen nicht ausreichend gewährleistet. Wie ein Versuch ergab, bekommt man z. B. in der Markt- und Friedensplatzgarage keinen Handyempfang und kann sich so auch nicht bei der Zentrale der City-Parkhaus bemerkbar machen, wenn Not am Mann ist. Der **BBB** fordert daher, in den städtischen Garagen kurzfristig WLAN anzubieten, damit man Handys dort nutzen kann.

Kein Schienenbus in Bonn:

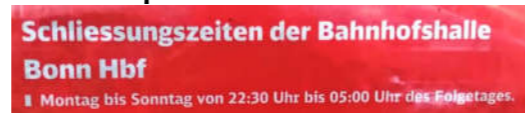
Nur ein dauerhaftes Provisorium



Das Bild täuscht. Der Verkehrsbetrieb hat nicht Schienenbusse als neues Verkehrsmittel in Bonn eingeführt. Die Schienen beweisen nur, dass in Bonn nichts so dauerhaft ist wie ein Provisorium. Seit der Aufnahme des U-Bahn-Betriebes im Jahr 1975 fährt auf diesen Schienen keine Straßenbahn mehr nach Bad Godesberg. Aber seitdem träumt Bonn von einem kundenfreundlichen ZOB, an dem die Fahrgäste gut geschützt vor Wind und Wetter auf ihren Anschluss warten können.

Bahn AG verjagt ihre Fahrgäste:

Halle Hauptbahnhof nachts dicht



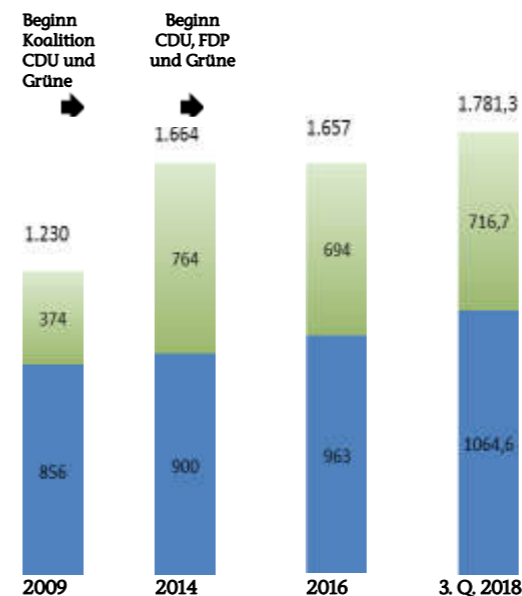
Erst durch Hinweise empörter Bahnkunden an die Presse erfuhr man im Bonner Stadthaus von den Mini-Hinweisen an den Eingangstüren, nach denen die Halle des Bonner Hauptbahnhofs nachts verriegelt wird. Nicht jeder Fahrgast, der nach 22:30 Uhr noch einen Zug benutzen möchte, empfindet das als Verbesserung des Bahn-Services. Denn jetzt ist in der Winterzeit auch am Hauptbahnhof der UN-Stadt Bonn frieren angesagt.

Nach Sanierung der Tiefgarage Markt:

Autos wachsen – Weniger Stellplätze

40 Stellplätze sind bei der Sanierung der Marktgarage entfallen. Denn die Breite der Stellplätze musste an die ständige Verbreiterung der neuen Fahrzeuggenerationen angepasst werden. So frisst das, was die Hersteller beim Pkw als Komfortgewinn verkaufen auf der anderen Seite die Zahl bequemer Parkmöglichkeiten für die Geschäftskunden und Besucher der Innenstadt.

Bonner Schulden in Mio. Euro



Der Schweizer Schriftsteller und Politiker Gottfried Keller (1819-1890) auf die Frage seines Sohnes nach dem Unterschied von Vätern und Stadtvätern: Ein guter Vater zahlt die Schulden seiner Kinder. Bei den Stadtvätern müssen die Kinder und Enkel für die Schulden der Väter zahlen. Wie hier in Bonn.

Bruchlandung mit Sonntagsöffnung

Einmal mehr hat Stadtdirektor Wolfgang Fuchs (CDU) schlampig gearbeitet. Diesmal scheiterte er bei der von ihm geplanten Sonntags-Öffnung der Läden in der Vorweihnachtszeit. Er musste sich von den Gerichten belehren lassen, dass die gesetzlichen Vorgaben von ihm nicht eingehalten worden waren. Der **BBB** hat nach wie vor kein Verständnis, dass die CDU-Landesregierung an doppelt so vielen Sonn- und Feiertagen wie zuvor Ladenöffnungen zugelassen hat. Für den **BBB** ist das die falsche Antwort auf das Bedürfnis nach mehr Ruhe und Zeit für die Familien an den Sonntagen. Darauf haben für den **BBB** auch die vielen Frauen, die im Einzelhandel beschäftigt sind, ein Anrecht.

Im Vergleich mit anderen Stadtverwaltungen:

Zu hoher Krankenstand in Bonn

Mäusebefall im Stadthaus, Rattenplage bei der Berufsfeuerwehr, nicht enden wollendes Chaos bei den Bürgerdiensten. Da wundert es den **BBB** nicht, dass der Krankenstand bei der Bonner Stadtverwaltung, nach dem er im Stadtrat gefragt hat, 2017 mit 7,54% deutlich über dem Durchschnitt aller Mitglieder des Deutschen Städtetages (6,96%) lag. Bei den Bürgerdiensten in Bonn fehlten an einigen Arbeitstagen sogar bis zu 1/4 der dort Beschäftigten. Zufriedenheit der Beschäftigten mit ihrem Arbeitgeber sieht anders aus.

Der Doppelhaushalt von CDU, FDP und Grünen für 2019 und 2020 beweist:

Statt Sparen lieber locker gepumptes Geld verteilen!

Niemand kann auf Dauer mehr Geld ausgeben, als er hat. Auf Unternehmen und Privatleute mag diese Binsenweisheit zutreffen, für die Bundesstadt Bonn offenkundig nicht. Im Stadtrat haben CDU, FDP und Grüne gegen den **BBB** für die Jahre 2019 und 2020 einen Haushalt mit eingeplanten Defiziten von insgesamt 96,1 Mio. EUR beschlossen. Bis zum Jahr 2020 wird die Gesamtverschuldung der Stadt damit weiter auf das Rekordniveau von 2.031 Mio. Euro ansteigen. Der **BBB** hat den Haushalt abgelehnt, weil er auch nicht ansatzweise erkennen lässt, wie man mit Einsparungen den Ausgleich der Ausgaben mit den Einnahmen irgendwann erreichen will. Die Parole von CDU, FDP und Grünen lautet schlicht: Weiter so!

Die für 2019 und 2020 geplante Neu-Verschuldung führt zu einem schwindelerregenden Höchststand. Im Jahr 2009, am Beginn der Zusammenarbeit von CDU und Grünen im Stadtrat, lag sie erst bei 1.230 Mio. Euro. 2014, als die FDP der Koalition beitrug, betrug sie bereits 1.664 Mio. Euro mehr. Und am Ende der gemeinsamen politischen Verantwortung der Dreierbande hinterlassen sie vor der Kommunalwahl 2020 der Stadt als Ergebnis ihrer politischen Umtriebe mit geplanten 2.031 Mio. Euro eine Steigerung der Schulden seit 2009 um 65%. Das ist für den **BBB** ein Offenbarungseid und der Beweis, dass mit den notorischen Schuldenmachern von CDU, FDP und Grünen keine soliden Haushalte zu machen waren.

BBB fragt: Haushaltsausgleich wann, wenn nicht jetzt?

- Bonn rechnet in 2018 mit höheren Erträgen, insbesondere Steuern, als im Haushalt erwartet wurden. Die summieren sich auf 92,7 Mio. Euro.
- Bonn zahlt für Kredite so wenig wie nie zuvor. Tagesgeld konnte durchweg zu negativen Sätzen bis zu -0,38% aufgenommen werden. Man spart daher im laufenden Jahr 8,8 Mio. Euro für Kreditaufnahmen.
- Bonn gibt aber 2018 wieder 86,1 Mio. Euro mehr aus, als im Haushalt vorgesehen war.
- Bonn wird so das Jahr 2018 nach der Hochrechnung der Kämmerin (Stand 19.11.) trotz Rekorderlösen mit einem Defizit von 47,7 Mio. Euro abschließen.

Luxussanierung der Beethovenhalle nähert sich 100 Mio.



Die Sanierung der Beethovenhalle in dem von CDU, FDP und Grünen beschlossenen aberwitzigen Umfang läuft finanziell immer weiter aus dem Ruder. Bei Engriffen in die Fundamente wie bei der Tieferlegung des Studios oder hier beim neuen Versorgungsstrukt entstehen im Monatstakt Mehrkosten in Millionenhöhe. So stieg das Budget von Mai 2015: 48,39 Mio. Euro netto (DS 1513379ST2) über November 2018 auf 85,32 Mio. Euro netto (DS 1813235) und die Prognose bis zur Fertigstellung auf 96,47 Mio. Euro netto (DS1813103). Fazit des **BBB** für das Vorhaben von CDU, FDP und Grünen: Großes wollen, kleines Können und dann noch alles schlecht gemacht.

Bonn zum Beethovenjubiläum (ein)gerüstet?



Ob Besucher im Beethoven-Jubiläumsjahr 2020 das Kurfürstliche Schloss so strahlend schön sehen werden ist ungewiss. Denn nicht nur die Beethovenhalle, auch das Bonner Münster, der Hauptbahnhof und womöglich noch die Uni-Garage vor dem Schloss werden vor dem Beethovenjahr 2020 nicht fertig. Baugerüste und Bauzäune werden so die Gäste aus nah und fern begrüßen. Ein Beweis, dass im Stadthaus die Vorbereitungen auf dieses einmalige Jubiläum nicht mit Erfolg koordiniert wurden.

Klassischer Philharmonie Zuschuss halbiert:

Das hat Heribert Beissel nicht verdient



Der seit vielen Jahren von Heribert Beissel geleiteten und unter Musikliebhabern sehr geschätzten Klassischen Philharmonie wurden von der Ratsmehrheit die Hälfte ihrer Zuschüsse gestrichen. Sie wird ab 2020 nur noch 20.000 statt wie bisher 40.000 Euro erhalten. Ein Versuch des **BBB**, diesen von der CDU beantragten Kahlschlag zu verhindern, wurde im Rat von CDU, FDP und Grünen Hand in Hand mit der SPD vom Tisch gewischt. Wie man mit der über die Stadtgrenzen hinaus bekannten Klassischen Philharmonie Bonn und ihrem Gründer Heribert Beissel umgeht, ist aus Sicht des **BBB** schlicht schäbig. Denn die Klassische Philharmonie leistet mit ihren Sinfoniekonzerten und den Poppelsdorfer Schlosskonzerten seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben Bonns. Und mit gut besuchten Konzerten u. a. in der Laeiszhalle in Hamburg oder im Konzerthaus Berlin wirbt sie draußen für Bonn.

Schumannfest bedient sich selbst

Dem Schumannfest wurden dagegen zeitgleich die Zuschüsse deutlich um 15.000 auf 50.000 Euro erhöht. Für den **BBB** hat es einen faden Beigeschmack, dass dieser Antrag von CDU, FDP und Grünen für die CDU von Markus Schuck, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und zugleich Veranstalter des Schumannfestes, unterzeichnet wurde. Das grenzt für den **BBB** an schamlose Selbstbedienung.

Oper im Aufwind? - Eine Frage der Perspektive



Das Feuilleton des General Anzeigers sah Bonns Oper im Aufwind, weil die Regiearbeit bei "Oberst Chabert" in einer Umfrage der "Welt am Sonntag" unter acht Musikkritikern zweimal als beste Inszenierung eines Stückes vor 1945 in NRW genannt wurde, die der "Penthesilea" immerhin einmal. Der **BBB** erkundigte sich nach dem Besuch dieser so gelobten Inszenierungen. "Penthesilea" erreichte einen Anteil von 56,5% zahlenden Besuchern auf 6.903 angebotenen Plätzen. Bei "Oberst Chabert" saßen gar nur 2.213 (43,2%) zahlende Zuschauer auf den 5.120 angebotenen Plätzen. Sieht so Aufwind aus?

Beethovenfest 2018: Rekord - Defizit



Trotz 1,6 Mio. Euro städtischer Zuschüsse fuhr Festspiel-Intendantin Nieke Wagner beim nur dreiwöchigen Beethovenfest 2018 ein 370.000 Euro-Defizit ein. Für den **BBB** war dies eine Abstimmung mit den Füßen. und die Quitting dafür, dass nicht genug Beethoven drin war, wo Beethoven drauf stand. Jetzt die Pleite auf den eigens mit 2,5 Mio. Euro hergerichteten Konzertsaal im WCCB abzuschieben, ist unredlich. Denn im Vorjahr wie auch 2018 gab es beim Beethovenfest im WCCB sehr gut besuchte Konzerte, bei anderen Konzerten 2018 aber noch nicht mal einen halbvollen Saal: Deren Programm gefiel der Intendantin, kam aber nicht beim Publikum an.

OB lässt Kämmerin im Regen stehen

Die Zuschüsse für das Beethovenfest sollten nach dem Haushalts-Entwurf des OB wegen der Schuldenlast der Stadt ab 2020 zurückgefahren werden. Als dagegen die Lobbyisten Sturm liefen, knickte OB Ashok Alexander Sridharan sofort ein, tat vor den Lobbyisten so, als habe er mit dem von ihm vorgelegten Haushalt nichts zu tun und ließ seine Kämmerin allein feige im Regen stehen.

Schloss vom Kunstschnee befreit



Über mehrere Jahre konnte man glauben, in Poppelsdorf falle auch im Sommer Schnee. Denn die Dächer des Schlosses waren mit einer weißen Haube und Netzen überzogen, damit herunterfallende Schieferplatten keine Schäden anrichten konnten. Jetzt hat das Land NRW endlich dafür gesorgt, dass die Schieferdeckung erneuert wurde und das Poppelsdorfer Schloss wieder dicht ist.

Landesregierung will Bonn erpressen

NRW ist im Vergleich zu anderen Ländern das Land mit dem höchsten Anteil an Staatsaufgaben, deren Erledigung auf die Kommunen abgeschoben wurde und hat weit geringere Kulturausgaben als z.B. Bayern. Jetzt gibt sich NRW generös und zahlt an Bonn 1,68 Mio. Euro, verbindet das aber mit der Verpflichtung, die städtischen Ausgaben für Oper und Orchester ungekürzt zu lassen. Für den **BBB** ist das inakzeptabel. Denn von 42.719.908 Euro dürfte kein Cent gestrichen werden.

An Bonner Grundschulen:

Deutsch bald Fremdsprache?

An den städtischen Grundschulen waren im Schuljahr 2017/18 immerhin 14% der Kinder Ausländer, 52,07% hatten eine "Zuwanderungsgeschichte". Dahinter verbergen sich Familien mit mindestens einem nicht in Deutschland geborenem Elternteil (16.549 Kinder) und/oder solche, in denen untereinander zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird (11.280 Kinder). Der Anteil der Schüler mit Zuwanderungsgeschichte schwankte dabei in den Stadtbezirken von 65,7% im Hardtberg, 58,87% in Bad Godesberg und 51,91% in Bonn bis zu Beuel mit vergleichsweise niedrigen 36,84%.



Die Linke forderte erneut den Berlin-Umzug:

Antrag noch einmal gescheitert

Der Bauausschuss des Bundestages hat am 12. Dezember die Forderung der Fraktion Die Linke nach einem Komplettumzug der Bundesregierung nach Berlin abgelehnt. Es sprächen zwar Argumente für ein Ende der Teilung zwischen Bonn und Berlin, allerdings solle dieser Prozess im Dialog mit den Betroffenen geführt werden, sagte ein CDU-Abgeordneter in der Sitzung. Die SPD-Fraktion stellte die Sinnhaftigkeit eines vollständigen Umzugs nach Berlin in Frage. Die Linksfraktion begründete ihren Antrag mit den Reisekosten und mit den schädlichen Auswirkungen dieser Fahrten zwischen Bonn und Berlin auf die Umwelt. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, CSU, SPD und FDP abgelehnt, AfD und Grüne enthielten sich.

Kelber verlässt den Bundestag



Bonns MdB Ulrich Kelber (SPD) verlässt nach 18 Jahren den Bundestag und wechselt in das Amt des Datenschutzbeauftragten. Erst 2016 war er erneut von 62.377 Bonnern als ihr MdB nach Berlin geschickt worden. Für sie ist Kelbers vorzeitiger Abgang eine Enttäuschung, für Bonn ein schwerer Verlust. Denn das Berlin/Bonn-Gesetz soll durch eine für Bonn gute vertragliche Regelung ergänzt werden. Ob das ohne Kelber gelingt?



OB Ashok Alexander Sridharan vor (links) und nach dem Bürgerentscheid

Nach dem klaren Bürgerentscheid:

OB und BBB für ein Hallenbad pro Stadtbezirk

Das von OB Sridharan und von CDU, FDP und Grünen geplante Zentralbad im Wasserland wird nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid nicht gebaut. Auf die Frage: "Soll der Neubau eines Schwimmbades in Bonn-Dottendorf gestoppt werden?" gab es dieses Ergebnis:

Ja: 54 932
Nein: 50.833

Damit erhielten die Bürgerinitiativen, die das Bürgerbegehren gestartet hatten, übrigens eine höhere Zustimmung als Ashok Alexander Sridharan (CDU) bei seiner Wahl zum OB, bei der nur 54.548 Wählerinnen und Wähler für ihn gestimmt hatten. Das beweist den hohen Grad demokratischer Legitimation dieser Abstimmung, deren Ergebnis den Mächtigen in Stadt- und Rathaus nicht gefiel. Allein CDU-OB Ashok Alexander Sridharan hat nach der Ablehnung seines Zentralbad-Vorhabens die notwendige Konsequenz schnell gezogen. Er sprach sich, wie vom **BBB** seit langem gefordert, dafür aus, die notwendigen Sanierungen im Hardtberg und in Beuel zügig in Angriff zu nehmen und für jeden Stadtbezirk künftig ein Hallenbad vorzusehen. Leider verteidigte er seine Vorlage in der entscheidenden Sitzung des Stadtrates aber mit keinem Wort.

CDU, FDP und Grüne blockieren aber Bezirksbäder weiter

Dort lehnten CDU, FDP und Grüne seinen Vorschlag brüsk ab und beschlossen nach dem Aus für ihr Zentralbad eine lange Warteschleife. Zunächst sollen Vertreter von Stadt, Parteien, Initiativen und Verbandsfunktionäre über die künftige Bäderlandschaft beraten und danach eine Gruppe von 50 (!) ausgewählten Bonnern vorschlagen, welche Bäder zu sanieren oder neu zu bauen sind. Offenbar wollen sich die drei beim Bürgerentscheid unterlegenen Fraktionen insbesondere für das klare Votum in Bad Godesberg rächen, wo sich 63,24 Prozent der Abstimmenden gegen das Zentralbad und für ein Hallenbad in ihrem Stadtbezirk ausgesprochen hatten. Für den **BBB** wird so nur wertvolle Zeit sinnlos vertan, die für Planungsaufträge zur Sanierung des Frankenbades und zum Neubau eines Bades im Zentrum von Bad Godesberg sinnvoller genutzt wäre. Selbst der Stadt-sportverband, zuvor glühender Befürworter des Zentralbades, hat sich gegen das von CDU, FDP und Grünen beschlossene Verfahren und für schnelle Beschlüsse ausgesprochen.

8,794 Mio. für Bewohner des Rhein-Sieg-Kreises:

Hat Bonn immer noch Geld zu viel?

10,955 Mio. Euro hat die Stadt Bonn im Jahr 2017 allein für Schüler aller Schulformen aufbringen müssen, die aus dem Umland kamen und Bonner Schulen besuchten. Das ergab eine Anfrage des **BBB** in der letzten Ratssitzung. Mehr als 2½ städtische Gymnasien könnten z. B. eingespart werden, wenn man nicht nach dem Schulgesetz auswärtige Schüler aufnehmen müsste. Nimmt man auch andere städtische Einrichtungen wie Musikschule, Stadtbücherei, VHS oder Kitas dazu, so addieren sich diese Kosten für fremde Nutzer für die klamme Stadt auf stolze 13.320.985 Euro. Nach Berücksichtigung aller Zuschüsse und anteiliger Nutzergebühren bleiben bei der Stadt unter dem Strich immer noch stolze 8,794 Mio. Euro hängen.

Der **BBB** sieht nicht ein, dass Bonn Städten und Gemeinden in der Umgebung den Bau und Betrieb von Schulen und Kindertagesstätten erspart, ohne die Kosten dafür voll ersetzt zu bekommen. Besonders unsinnig erscheint dem **BBB** die Verpflichtung Bonns, auch noch die Schülerbeförderungskosten für auswärtige Schüler aus dem eigenen Haushalt zu tragen. Wenn deren Heimatgemeinden schon Bau und Betrieb der Schulen zu Lasten Bonns ersparen, sollten wenigstens die Fahrtkosten von den Heimatgemeinden getragen werden. Die allein machten 2017 netto 1.339.495 Euro aus. Der Antrag des **BBB**, hier eine Änderung des Schulgesetzes von der Landesregierung zu fordern, fand aber keine Mehrheit im Rat.